

Antrag der Abgeordneten: Franziska Hildebrandt, Jan Vahlenkamp, Umut Ibis (alle SDS), Katja Weiden

Hamburg, den 27.4.2011

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Die Verfasste Studierendenschaft der Universität Hamburg unterstützt die gemeinsame Erklärung von Linksjugend [´solid], Grüne Jugend und Jusos „Extremismus kassieren“ vom 7. April 2011. Folgend erklärt sich das Studierendenparlament solidarisch mit dem „Bündnis gegen „Extremismusstudien“ am Rauhen Haus“, das kritisch gegen eine Studie am Institut für soziale Praxis über sogenannte linksextreme Jugendliche vorgeht, und unterstützt den Protest.

Gemeinsame Erklärung von Linksjugend [´solid], Grüne Jugend und Jusos

Wir stellen uns gegen den Versuch, mit einfachem Schablonendenken Debatten um linke Forderungen zu kriminalisieren. Wir fordern die Fraktionen im Deutschen Bundestag und in den Landtagen dazu auf, aktiv und gemeinsam gegen die verbreitete Extremismustheorie anzugehen und die Extremismusklausel wieder abzuschaffen.

In den vergangenen Monaten wurde die Debatte um „Linksextremismus“ mit einer bisher nicht dagewesenen Schärfe von Union und FDP geführt. Insbesondere Bundesfamilienministerin Kristina Schröder hat die Debatte befeuert. Ihr Ministerium stellt mit der Extremismusklausel alle Organisationen, die sich gegen Nazis engagieren und dabei öffentliche Fördermittel in Anspruch nehmen, unter den Generalverdacht des Extremismus. Diese Organisationen müssen sich nach Vorgabe des Ministeriums dazu verpflichten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass sie selbst und auch ihre KooperationspartnerInnen keine „ExtremistInnen“ sind. Die Maßnahmen haben einen unmittelbaren Effekt: Sie sollen die Bewegung in einen „bürgerlichen“ und einen „extremen“ Teil spalten, der nicht mehr zu den „normalen“ BürgerInnen dazu gehört. Die Arbeit von antifaschistischen Gruppen wird insgesamt kriminalisiert und als „extremistisch“ diffamiert. Gleichzeitig wird den Nazis ein größerer Spielraum gegeben, denn die Ausweitung des Extremismusbegriffs lässt sie ungefährlicher erscheinen. Der Feldzug gegen „LinksextremistInnen“ ist ein Feldzug gegen ein Phantom und behindert Aktionen gegen die, die wirklich gefährlich sind: AntisemitInnen, RassistInnen, Homophobe, Nazis, RechtspopulistInnen und NeofaschistInnen.

Unter der Oberfläche geht es auch darum, linke Ideen und Konzepte insgesamt als „extremistisch“ zu brandmarken. Linke politische Arbeit wird in ihrer Gesamtheit öffentlichkeitswirksam zum Erhalt der eigenen Macht diffamiert. Kritik an den bestehenden Verhältnissen soll unterbunden werden, wenn sie mit dem Weltbild der Regierungsmehrheit nicht übereinstimmt. Die wissenschaftlich unhaltbare Gleichsetzung von rechts und links ist einfach und praktisch für schwarz-gelb, denn dadurch soll eine Auseinandersetzung mit linken Forderungen und daran anschließend Widerstand der Betroffenen gegen die Regierungspolitik insgesamt unterbunden werden.

Als politische Jugendverbände lehnen wir den Extremismusbegriff ab. Wir sind solidarisch mit allen, die aktiv gegen Nazis kämpfen und sind der Auffassung, dass egal wer sich gegen Nazis engagiert und Courage zeigt Unterstützung verdient.

Die Extremismusklausel muss kassiert werden!

Begründung:

Seit diesem Semester wird am Institut für Soziale Praxis am Rauhen Haus, welches seit Anfang des Jahres an die evangelische Hochschule angegliedert ist, eine Studie über sogenannte „linksautonome Jugendliche“ durchgeführt. Das mit rund 43.000 Euro dotierte Forschungsprojekt wird finanziert von Geldern der Bundesregierung. Die Studie reiht sich somit in einen seit längerer Zeit bestehenden Extremismuskurs ein, den konservative Politiker*innen immer

weiter voran treiben. Dabei ist der Begriff des Extremismus vor allem ein Kampfbegriff, mit dem politisch unliebsame Bewegungen delegitimiert werden sollen, denn während er sich in der sozialwissenschaftlichen Forschung aufgrund seiner, der Komplexität der beschriebenen Verhältnisse nicht angemessen, Eindimensionalität nicht durchsetzen konnte, wird die Verwendung des Oberbegriffs „Extremismus“ bei staatlichen Behörden wesentlich unproblematischer gesehen und gehandhabt.

Mit dem in der Studie und der "Extremismusklausel" angewandten Extremismusbegriff wird eine antidemokratische Geistesgemeinschaft zwischen sog. Rechtsextremisten und Linksextremisten konstruiert. Der Extremismus markiere jeweils den äußersten Rand des Spektrums, dessen Mitte nicht nur eine politische Wertung ist, sondern bei der außerdem noch missachtet wird, dass "Linksextremismus" politisch und ideologisch wesentlich inhomogener ist als "Rechtsextremismus".

Die Aushebelung der Demokratie von "oben" (durch eben solche politischen Eingriffe) und aus der "bürgerlichen Mitte" wird ebenso ignoriert, wie die Tatsache, dass Antisemitismus und Rassismus keine Randerscheinungen sind, sondern bis weit in die "Mitte" der Gesellschaft reichen.

Hinlänglich bekannt ist, dass gerade in den vom Neofaschismus besonders betroffenen ländlichen Regionen Ostdeutschlands, es hauptsächlich linksradikale Gruppen sind, die der Hegemonie der Neonazis die Stirn bieten. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu töricht, hier diejenigen, die sich für eine weltoffene Gesellschaft einsetzen, mit unangemessenen politischen Einordnungen unter Generalverdacht zu stellen.

Am Rauhen Haus regt sich der Protest. Unter anderem wurde ein runder Tisch veranstaltet, Pressemitteilungen veröffentlicht und eine Vollversammlung einberufen. In einem Redebeitrag auf der VV heißt es: "Wissenschaft muss Verantwortung übernehmen und darf sich nicht für entsprechende Bezahlung an den Interessen von Wirtschaft und Politik ausrichten. (...) So steht eine Konsequenz dieser Studie schon jetzt unweigerlich fest: die wissenschaftliche Manifestation eines politischen bestimmten Begriffs von Extremismus und die Anerkennung der staatlichen Inszenierung einer politisch neutralen gesellschaftlichen Mitte. (...) Der Begriff eines vermeintlichen Extremismus legitimiert und konstatiert sich bereits durch seinen Gebrauch. Das "Rauhe Haus" dient in diesem Diskurs als dienliche akademische Referenz für staatliche Repressionen. (...) Kritik an den Verhältnissen und Widerstand gegen staatliche Zwänge und Repression bleiben wichtiger Bestandteil für eine Gesellschaft, die nicht stillsteht, sondern Begriffe von Freiheit und Gleichberechtigung weiterentwickelt. Wir fordern die sofortige Einstellung der Extremismusstudie am Institut für Soziale Praxis."

Um die Kooperation der verschiedenen AStA und Studierendenschaften in diesem Protest zu stärken, unterstützt die Verfasste Studierendenschaft und der AStA den Protest am „Rauhen Haus“.

Quellen:

<http://europa.jusos.de/aktuell/pressemitteilung/2011/04/07/extremismusklausel-kassieren>

<http://extremismusstudienstoppen.blogspot.de/>